

Hunderttausende Langzeitarbeitslose stehen vor dem

NICHTS

Öffentlich geförderte Beschäftigung ist

MEHR WERT

Initiative **PRO**

Arbeit
Öffentlich geförderte Beschäftigung

Arbeit auch für

Langzeitarbeitslose

Unserer Gesellschaft geht es gut. Wir genießen den Wohlstand. Doch unter uns gibt es Menschen, die vor dem Nichts stehen. Keinen Job zu haben, bedeutet für viele: kaum Geld, keine Perspektive, kein Selbstbewusstsein. Mal kurz einen Kaffee trinken oder ins Kino gehen: Was für die meisten im Alltag selbstverständlich ist, können sich die Betroffenen nicht mehr leisten. Sie sind arm, weil sie keine Arbeit haben. Schon lange nicht mehr.

Lang anhaltende Arbeitslosigkeit: in Deutschland die Hauptursache für Armut. Je nach Auslegung schwanken die Zahlen der Langzeitarbeitslosen, die auch in absehbarer Zeit keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, zwischen ca. 130.000 und 440.000: Sie sind zu alt, haben psychische oder gesundheitliche Probleme, körperliche Einschränkungen, fehlende Bildungsabschlüsse, oder, oder, oder ... Sie werden mitsamt ihren Familien von der Gesellschaft ausgegrenzt, fallen in soziale Isolation, flüchten sich nicht selten in Alkohol oder werden depressiv. Je länger sie arbeitslos bleiben, desto geringer werden die Chancen, wieder einen Job zu finden. Sie stehen vor dem **Nichts**.

Unser christliches Selbstverständnis verlangt, dass wir uns gerade den Menschen zuwenden, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Darum wurde die „**Initiative pro Arbeit**“ von der Diakonie ins Leben gerufen. Wir setzen uns dafür ein, dass langzeitarbeitslose Menschen durch öffentliche Förderung wieder eine Perspektive erhalten. „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ lautet die Devise und „Hilfe zur Selbsthilfe“ die Strategie. Das Ziel ist es, die Betroffenen mit einer öffentlich geförderten Beschäftigung Schritt für Schritt an den regulären Arbeitsmarkt heranzuführen und sie wieder an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Weniger gesellschaftliche Ausgrenzung, weniger Armut: Die „**Initiative Pro Arbeit**“ eröffnet gute Perspektiven – denn öffentlich geförderte Beschäftigung ist **mehr wert**. Für jeden Betroffenen und für die gesamte Gesellschaft.



INHALT

TEILHABE AN DER GESELLSCHAFT

1

- 1.1 Eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen **S. 4-5**
- 1.2 Viele Langzeitarbeitslose stehen vor dem Nichts **S. 6-7**
- 1.3 Öffentlich geförderte Beschäftigung ist mehr wert **S. 8-9**

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG

2

- 2.1 Seit jeher aus ganz unterschiedlichen Gründen das beste Mittel **S. 10-11**
- 2.2 Öffentlich gefördert: eigentlich ganz selbstverständlich **S. 12-13**
- 2.3 Wie begann die ögB und für wen ist sie? **S. 14-15**
- 2.4 Die aktuelle Lage in Deutschland **S. 16-17**

LÖSUNGEN FÜR DIE GESAMTE GESELLSCHAFT

3

- 3.1 Der Passiv-Aktiv-Transfer **S. 18-19**
- 3.2 Teilhabe an der Gesellschaft **S. 20-21**
- 3.3 Ist es nicht besser, mit Geld, das sowieso ausgegeben wird, reale Arbeit zu finanzieren? **S. 22-23**
- 3.4 Das nutzt der gesamten Gesellschaft **S. 24-25**

MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

4

- 4.1 Es gibt immer eine Option, die besser ist **S. 26-27**
- 4.2 Konzepte in Nachbarländern **S. 28-29**
- 4.3 Gute modellhafte Konzepte in Deutschland **S. 30-31**

5

DIESE PERSPEKTIVE WOLLEN VIELE

- 5.1 Chancen verbessern **S. 32-33**
- 5.2 Engagement zeigen **S. 34-35**



1 TEILHABE

AN DER GESELLSCHAFT

Eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen

Ob Managerin, Landwirt oder Handwerker: Einen Arbeitsplatz zu haben, ist in unserer Gesellschaft eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Man verdient nicht nur Geld, sondern auch Anerkennung, gewinnt Selbstachtung und ist sozial eingebunden. Auch nach christlichem Selbstverständnis ist Arbeit eine wichtige Grundlage für eine freie persönliche Entfaltung.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, verliert darum viel mehr als nur das Einkommen: Der Betroffene wird aus seinem „normalen“ Leben hinauskatapultiert, die gesellschaftliche Wertschätzung nimmt ab und das Selbstbewusstsein schwindet. Freundschaften und soziale Kontakte werden erschwert. Häufig ziehen sich langzeitarbeitslose Menschen zurück, fallen in ein tiefes Loch und haben nur noch das Nötigste zum Leben. Noch immer ist in Deutschland lang anhaltende Arbeitslosigkeit die Hauptursache für Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung. **Zeit, dass sich daran etwas ändert!**

VIELE LANGZEITARBEITSLOSE

STEHEN VOR DEM

NICHTS

Nur **5** Beispiele
von vielen **Hunderttausenden**

Erfreulicherweise ist hierzulande die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren gesunken. Doch die weniger schöne Nachricht: die Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht. Stattdessen hat sich der Teil der Menschen, die schon über ein Jahr keinen festen Job mehr haben, verfestigt und ist im Vergleich zu den OECD-Ländern* in Deutschland überdurchschnittlich hoch. Diese Menschen sind auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen – und das schon seit vielen Jahren. Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, umso schlechter werden ihre Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt. Die Perspektive für die Zukunft: bei vielen aussichtslos.

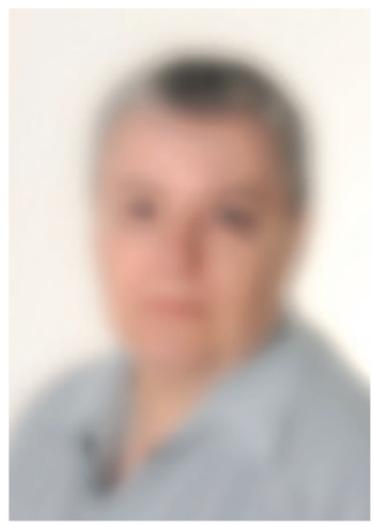
Quelle: O-Ton Arbeitsmarkt: OECD-Vergleich: Überdurchschnittlich viele Langzeitarbeitslose in „Deutschland“, Januar 2013, www.o-ton-arbeitsmarkt.de

*Die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) vereinigt 34 Mitgliedsländer auf der ganzen Welt, die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft bekennen: www.oecd.org



Clemens K.

53 Jahre, ist Facharbeiter für Betriebs- und Verkehrsdienst und war bei den Berliner Verkehrsbetrieben beschäftigt. 1999 zog er nach Stuttgart und arbeitete bis 2005 als Medienbeobachter. Dann wechselte sein Arbeitgeber ins Ausland. Es folgten Jahre der Arbeitslosigkeit und vergeblichen Jobsuche mit unzähligen Bewerbungen. Zu seinen psychischen Problemen kam noch ein Bandscheibenvorfall dazu. Seine Perspektive: aussichtslos.



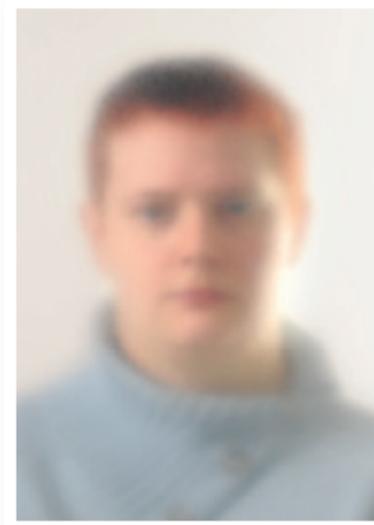
Erika B.

1957 geboren, ledig, lebt seit 1981 in Stuttgart. Die Stationen in ihrem Leben: Hauptschulabschluss, abgebrochene Friseurlehre, Küchenhilfe, Spritzlackiererin. 1980 eine Therapie aufgrund einer Suchterkrankung. Danach der ständige Kampf gegen den Rückfall, zusätzlich eine Depression, medikamentöse Behandlung. Ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt: chancenlos.



Bernd L.

Geboren 1963, absolvierte er nach dem Hauptschulabschluss eine Ausbildung zum Metallschlosser bei einem großen Unternehmen in Stuttgart, für das er dann 21 Jahre arbeitete. 2001 kam es zur Betriebsaufgabe. Bernd L. war 6 Monate arbeitslos. Dann fand er Arbeit bei einem Markisenbauer, doch nach 5 Jahren konnte er die harten Arbeitsbedingungen körperlich nicht mehr stemmen und kündigte. Bis 2010 arbeitete er bei Zeitarbeitsfirmen. Von 2010 bis 2012 war er wieder arbeitslos.



Larissa D.

Ist 28, ledig und lebt alleine. Nach ihrem Realschulabschluss machte sie eine Ausbildung zur Bürokauffrau. Danach bekam sie für ein Jahr eine befristete Arbeitsstelle als Archivangestellte. Dann war sie arbeitsuchend und bekam eine auf 6 Monate befristete Arbeitsgelegenheit bei einem Aktivspielplatz. Im Anschluss erhielt sie wieder ein Arbeitsverhältnis beim Staatsarchiv – diesmal auf 2 Jahre befristet. Danach folgte wieder Arbeitslosigkeit.



Friedrich M.

59 Jahre, stammt aus einer Arbeiterfamilie und ist seit seiner Kindheit gewohnt, zu arbeiten: ungelernter Maschinenbauschlosser, Matrose, Dachdeckerhelfer, Betriebsaufseher mit Beamtenstatus, Ausbildung zum Schlosser, 8 Jahre Schlosser, 18 Jahre Monteur. Dann war die Firma insolvent und Herr M. wurde arbeitslos. Es folgten: Alkoholsucht, Scheidung, Depressionen. 2011 eine stationäre, danach eine ambulante Entziehungskur. Friedrichs Aussichten: düster.

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE

BESCHÄFTIGUNG IST

MEHR WERT

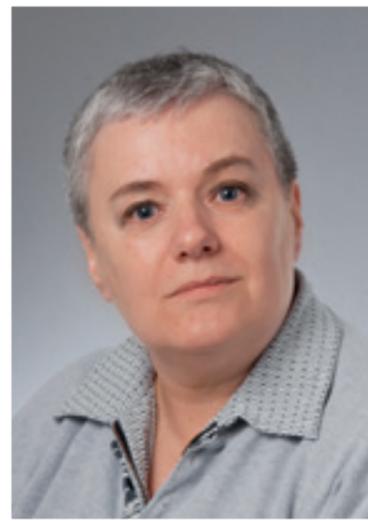
Arbeit gibt ihnen die Chance, wieder an der Gesellschaft teilzuhaben

Langzeitarbeitslose sind mehr wert, als nur als sogenannte „Bezahlkunden“ behandelt zu werden. Sie sind auf Unterstützung angewiesen. Und sie schaffen Mehrwert, wenn man ihnen die Chance dazu bietet! Darum fordert die „Initiative Pro Arbeit“ öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose. Im Gegensatz zu vielen sinnlosen und kurzfristigen Integrations-Maßnahmen zeigt sie realistische Wege auf, die aus der Sackgasse der lang anhaltenden Arbeitslosigkeit führen. Denn Betroffene bekommen mit einer öffentlich geförderten Beschäftigung auch mit persönlichen Einschränkungen einen marktnahen Arbeitsplatz mit sinnvollen Aufgaben. Sie gewinnen an Selbstvertrauen, können sich qualifizieren, Schulden abbauen oder werden psychisch stabiler. So finden sie Schritt für Schritt zurück in das „normale“ Leben – zurück auf den regulären Arbeitsmarkt, zurück in die Gesellschaft.



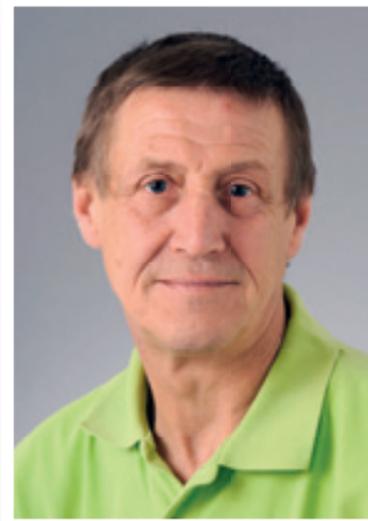
Clemens K.

Mit Unterstützung eines Schuldnerberaters fand Herr K. bei der Neuen Arbeit eine geförderte Beschäftigung. 2011 konnte die Ein-Euro-Stelle in eine unbefristete geförderte Stelle umgewandelt werden. Hier ist er sozial integriert, wird von den Kollegen wertgeschätzt – und fühlt sich mehr wert. Die geförderte Beschäftigung ist eine große Chance für Herrn K. zur gesellschaftlichen Teilhabe. Doch vielen anderen bleibt diese Chance verwehrt.



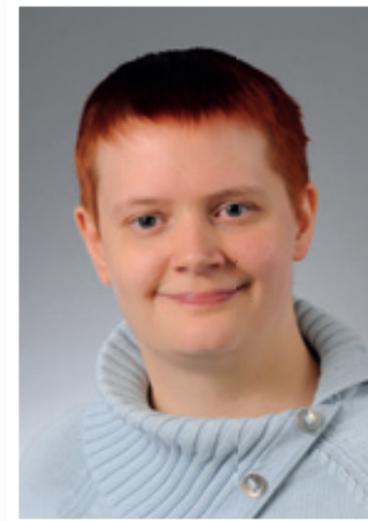
Erika B.

1995 erhielt Frau B. trotz ihrer Vermittlungshemmnisse durch öffentlich geförderte Beschäftigung die Chance, wieder einer Arbeit nachzugehen. Der regelmäßige Tagesablauf und die täglichen Aufgaben haben ihr geholfen, ihre Sucht zu bekämpfen und ihr Selbstvertrauen Stück für Stück wieder zurückzugewinnen. Ihre stabilere Psyche ist eine wichtige Voraussetzung, um überhaupt wieder eine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt zu haben.



Bernd L.

Dank der öffentlich geförderten Beschäftigung hat Bernd L. 2012 einen neuen Job gefunden. Auch wenn das Projekt auf drei Jahre befristet ist, gibt es ihm jetzt einen festen Tagesablauf und er kann „am Ball“ bleiben. Er ist sehr froh, wieder eine Aufgabe zu haben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Er bewirbt sich regelmäßig, um auf dem regulären Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Die Aussichten sind dank der öffentlich geförderten Beschäftigung besser geworden.



Larissa D.

fand eine öffentlich geförderte Beschäftigung und wurde bis März 2012 als Verwaltungshelferin eingestellt. Nach einem halben Jahr erneuter Arbeitslosigkeit und vergeblicher Bewerbungen bekam sie erneut eine befristete Maßnahme. Die öffentlich geförderte Beschäftigung hat ihr geholfen, nicht zu resignieren, ihr Selbstwertgefühl aufzubauen und neue soziale Kontakte zu knüpfen. Sie hat neuen Mut geschöpft und möchte bald eine zweite Ausbildung machen.



Friedrich M.

Im März 2012 wurde er erstmals für 9 Monate in einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt. Seit Februar 2013 hat er die Aufgabe, Spenden aufzubereiten. Für Herrn M. ist diese Tätigkeit ein sehr bedeutsamer Faktor, der ihm einen geregelten Tagesablauf und soziale Kontakte bietet. „Ich freue mich am Sonntag schon auf Montag, bis ich endlich wieder arbeiten kann.“ Er hofft darauf, bald eine Stelle auf dem regulären Arbeitsmarkt zu bekommen.

Bei den Fotos und beispielhaften Biografien handelt es sich um reale Langzeitarbeitslose. Um die Privatsphäre zu schützen, sind die Daten der Personen leicht abgewandelt.



2

ÖFFENTLICH

GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG

Seit jeher aus ganz unterschiedlichen Gründen

das beste Mittel

Alles ist besser als das Nichtstun. Öffentlich geförderte Beschäftigung, kurz ögB, ist nicht neu, sondern ein klassisches Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um „(Langzeit-)Arbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen Zugang zu einer Beschäftigung zu ermöglichen“. Sei es im Büro, in der Landschaftspflege oder im sozialen Bereich: Die öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse werden extra für diese benachteiligten Menschen geschaffen und an ihre Fähigkeiten angepasst. Doch die ögB ist nur eine Zwischenstation. Sie schlägt quasi eine Brücke zwischen Isolation und Integration. Ziel ist es immer, dass die Betroffenen mittelfristig auf dem regulären Arbeitsmarkt wieder eine Stelle finden. Darum ist es wichtig, dass die Beschäftigung sinnvoll und marktnah ist. So wie viele andere Bereiche (s. S. 13), die mit öffentlichen Geldern finanziert werden ...

Quelle: WISO-Diskurs: Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland

GUT FÜR JEDEN EINZELNEN, GUT FÜR ALLE!

Öffentlich gefördert: Eigentlich ganz selbstverständlich

Ob Universität, Krankenhaus oder Luft- und Raumfahrtindustrie: Tagtäglich werden in Deutschland unzählige Institutionen, Projekte oder Einrichtungen aus öffentlichen Geldern bezahlt. Die Liste der Arbeitsplätze, die der Staat subventioniert und die somit öffentlich gefördert werden, ist lang. Denn nur so kann z.B. der Technologie- und Kulturstandort Deutschland gesichert, können Forschung und Innovation vorangebracht werden. In vielen Branchen hat die öffentliche Förderung eine lange Tradition und wurde nie infrage gestellt.

Während im sozialen Bereich die öffentliche Förderung von behinderten Menschen gesellschaftlich akzeptiert wird, ist die öffentliche Förderung von Langzeitarbeitslosen schon immer umstritten. Dabei wäre es viel sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.



BEISPIEL: ZUKUNFTS- TECHNOLOGIE

Deutschland ist für seine wegweisenden Technologien bekannt. Ohne öffentliche Förderung wäre das nie möglich gewesen. Ob das Auto der Zukunft oder Verkehrssysteme, die für noch mehr Sicherheit sorgen: Permanent fließen Staatsgelder in Forschung und Entwicklung und sichern so auch die Arbeitsplätze von morgen. Aktuell fördert die Bundesregierung gemeinsam mit der Industrie mit knapp zwei Milliarden Euro die Forschung, wie wir in Zukunft trotz knapper fossiler Brennstoffe mobil bleiben können. Mehr Infos unter www.bmvbs.de



BEISPIEL: INTERESSEN- WAHRUNG

Eine aktuelle repräsentative Erhebung hat ergeben: Über 90% der Deutschen sind sehr zufrieden mit der Qualität der Lebensmittel aus der deutschen Landwirtschaft. Damit diese weiterhin so gute Qualität liefert und dabei leistungs- und wettbewerbsfähig sein kann, schafft die Agrarsozialpolitik mit Fördergeldern und -Programmen wichtige Voraussetzungen. „Ziel ist die Erhaltung sicherer Arbeitsplätze, hoher Wertschöpfung und Lebensqualität im ländlichen Raum.“ Weitere Infos unter www.bmelv.de



BEISPIEL: SOZIALE NOTWENDIGKEIT

Dass Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist, wird schon im Grundgesetz festgelegt. Unser modernes Sozialsystem setzt sich zum Ziel, menschenwürdige Lebensverhältnisse sicherzustellen, Armut zu bekämpfen, in Notlagen zu helfen, Chancengleichheit zu schaffen, ein Einkommen im Alter zu sichern und das Risiko der Arbeitslosigkeit zu minimieren. Auch bei Krankheit, Pflege und der Kindererziehung bekommt man Unterstützung. Dafür werden öffentliche Gelder aufgewendet, die eine Vielzahl von sozialen Institutionen erst möglich machen – und alle profitieren davon.



WIE BEGANN DIE ÖGB

UND FÜR WEN IST SIE?

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1970er-Jahre:

Nach der Zeit des Wirtschaftswunders, in der die Arbeitslosenquote zwischen 0,7 und 2,1% lag, stieg die Zahl der Erwerbslosen Anfang der 1970er wieder an. Dann brachten die beiden Ölkrisen eine Flut von Arbeitslosen. Als Antwort darauf wurden u.a. die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) eingeführt. Die ABMs fanden vor allem in sozialen Diensten statt, waren zielgruppenorientiert und regional differenziert. Dieses Angebot der öffentlich geförderten Beschäftigung war sehr wirksam und konnte Lücken im System schließen. Diese Förderung bewies, dass sich durchaus alternative Ökonomien entwickeln können, wie z.B. der Mahlzeiten-Bringdienst „Essen auf Rädern“.

2005 – Hartz IV:

Das im Januar 2005 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) über die „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ („Hartz IV“) führte Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammen. Im Bereich der ögB wurden beschäftigungsschaffende Maßnahmen sozialversicherungspflichtig und unter der Bezeichnung Ein-Euro-Jobs eingeführt. Sie mussten „wettbewerbsneutral“ und „zusätzlich“ sein. Damit wurde die Auswahl sinnvoller Tätigkeiten stark begrenzt. Regional spezifische Angebote wichen standardisierten Maßnahmen.

Instrumentenreform 2012:

Ziel des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, kurz Instrumentenreform, war es, Arbeitsvermittlungen einfacher und effektiver zu gestalten. Die Instrumentenreform stand unter Sparvorgaben und Mittelkürzung der Bundesregierung. Die darauf folgenden gesetzlichen Änderungen trafen vor allem Angebote der öffentlich geförderten Beschäftigung. Sie wurden drastisch reduziert. Übrig geblieben sind Ein-Euro-Jobs, deren Umsetzung jedoch noch stärker eingeschränkt wurde. Sie müssen „wettbewerbsneutral“ und „zusätzlich“ sein und „im öffentlichen Interesse“ liegen.

Fazit:

Im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung sind heute im Prinzip nur noch sinnentleerte Jobs möglich. Oft sind sie sehr weit von der Realität des regulären Arbeitsmarkts entfernt, um die eng geschnürten gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen.

Quellen: „Weniger Arbeitsmarktpolitik, weniger Arbeitslose“, in: www.o-ton-arbeitsmarkt.de;
Bundeszentrale für politische Bildung: Förderung des Zweiten Arbeitsmarktes. www.bpb.de;
WISO-Diskurs: „Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland“

ZIELGRUPPE

Öffentlich geförderte Beschäftigung ist für langzeitarbeitslose Menschen wichtig, die ohne Hilfe und Unterstützung den Weg in den regulären Arbeitsmarkt nicht bewältigen können. Die Gründe hierfür können ganz unterschiedlich sein:

- Lang andauernde Arbeitslosigkeit
- Sprachbarrieren
- Gesundheitliche Einschränkungen (psychosoziale Probleme, Suchterkrankungen etc.)
- Keine oder zu geringe Qualifikation
- Ein zu hohes Alter
- Migrationshintergrund

Jedes dieser „vermittlungshemmenden Merkmale“ halbiert die Vermittlungsaussichten auf ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Bei fünf Vermittlungshemmnissen gehen die Chancen gegen null.

Quellen: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege „Arbeiten und an der Gesellschaft teilhaben – Wege aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit“, März 2013; WISO-Diskurs Die jährlich erhobene Zufallsstichprobe des „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ – PASS könnte als Instrument zur klaren Zielgruppendefinition und genauen Abgrenzung des betroffenen Personenkreises genutzt werden.

DIE AKTUELLE LAGE

IN DEUTSCHLAND

BESCHÄFTIGUNGS- SCHAFFENDE MASSNAHMEN

Diese Fördermaßnahmen werden versicherungspflichtig oder mit Mehraufwand als Ein-Euro-Job umgesetzt. Sie schaffen geförderte Arbeitsplätze oder zielen darauf ab, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen. Doch unter dem Spardruck der letzten Jahre wurden die versicherungspflichtigen Maßnahmen stark reduziert: Von 103.936 im Jahr 2005 sanken sie im Jahr 2011 auf 43.380. Dafür ging die Anzahl der Ein-Euro-Jobs deutlich hoch: 436.194 waren es im Jahr 2011. Das Problem: Mit der Instrumentenreform wurden Fördermaßnahmen per Gesetz deutlich reduziert und die Kriterien für die Ein-Euro-Jobs verschärft. Die auszuführenden Arbeiten müssen „im öffentlichen Interesse“, „wettbewerbsneutral“ und „zusätzlich“ sein. Unter solchen Bedingungen fällt die Auswahl geeigneter und vor allem sinnvoller Beschäftigung allerdings schwer.

„Ein Beispiel: Eine Hilfskraft in der Altenpflege darf keine Brötchen schmieren, denn dann würde sie ja Arbeit verrichten, die eigentlich ein regulär Beschäftigter tun würde. Aber sie darf nachher die Butter mit der Gabel verzieren, denn dafür würde eigentlich niemand beschäftigt.“*

Wenn Menschen das Gefühl vermittelt bekommen, dass sie etwas absolut Sinnloses tun, nur damit sie irgendetwas tun, ist das sehr frustrierend, nicht menschenwürdig und aus ökonomischer Sicht höchst fragwürdig. Zudem werden die Betroffenen damit eher vom Arbeitsmarkt weg als zu ihm hingeführt.

Quelle: „Frankfurter Arbeitsmarktprogramm füllt Lücke der Bundesförderung“ in www.o-ton-arbeitsmarkt.de; www.bpb.de; www.arbeitsagentur.de/statistik

„Das, was jetzt noch möglich ist, ist völlig kontraproduktiv. Damit kann man langzeitarbeitslosen Menschen nicht adäquat helfen, wieder in den Arbeitsmarkt zu finden“.*

* Zitate: Conrad Skerutsch, Geschäftsführer der Werkstatt Frankfurt, März 2013



Öffentlich gefördert: gilt für Benachteiligte nicht immer

Der Bund hat sein Budget für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zwischen 2010 und 2013 von 6,7 auf 3,3 Milliarden Euro reduziert. Unter dem Spardruck des Bundes ging die öffentlich geförderte Beschäftigung drastisch zurück. Gleichzeitig wurde mit der Instrumentenreform im April 2012 das Regelwerk geändert, was es aktuell schwierig macht, sinnvolle beschäftigungsschaffende Maßnahmen durchzuführen, wie man am Beispiel der Ein-Euro-Jobs sieht. Betroffen davon sind vor allem die Langzeitarbeitslosen. Etliche öffentlich geförderte Arbeitsplätze, die Langzeitarbeitslose wieder an den regulären Arbeitsmarkt heranzuführen sollten, fielen ersatzlos weg. So ging es für viele wieder zurück auf null, zurück in die Langzeitarbeitslosigkeit.

Wie aktuelle Forschungsergebnisse von Schweizer Wissenschaftlern nachdrücklich belegen, wirken Kürzungen von „Hartz IV“-Leistungen nicht motivierend, sondern machen „ein schwieriges Leben nur noch elender“. Das möchten wir ändern. Wir sehen es als unsere sozialethische Pflicht, Langzeitarbeitslosen zu helfen. Wir wollen, dass auch diese Menschen wieder eine Chance bekommen. Darum haben wir die „Initiative Pro Arbeit“ ins Leben gerufen.

Quellen: „Schweizer Wissenschaftler widerlegen Klischee des zufriedenen Arbeitslosen“; „Weniger Arbeitsmarktpolitik, weniger Arbeitslose“, beide Artikel in www.o-ton-arbeitsmarkt.de

Initiative **PRO**
Arbeit
Öffentlich geförderte Beschäftigung



3

LÖSUNGEN

FÜR DIE GESAMTE GESELLSCHAFT

Der Passiv- Aktiv-Transfer

Die Idee ist so einfach wie bestechend: Alle „Hartz IV“-Leistungen werden in einen Lohnkostenzuschuss umgewandelt. Wie das erfolgreich umgesetzt werden kann, zeigt das von der Diakonie entwickelte Konzept des „Passiv-Aktiv-Transfers“ (PAT).

Ziel des PAT-Modells ist es, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Und das funktioniert denkbar einfach: Statt langzeitarbeitslosen Menschen lediglich nur Geld zu geben, bündelt man alle finanziellen Unterstützungsleistungen, die sie erhalten, und schafft damit eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. PAT ist ökonomisch sinnvoll, sozial-politisch geboten und wird inzwischen von vielen Akteuren im kommunalen, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich als sinnvolle Lösung gefordert.

PASSIV **AKTIV**

TRANSFER

Nichts tun bringt nichts.
Nur wer **aktiv** wird,
kann was **verändern.**

Teilhabe an der Gesellschaft

Das Konzept des „Passiv-Aktiv-Transfers“ baut darauf auf, alle Leistungen, die für Langzeitarbeitslosigkeit anfallen, in einen geförderten Arbeitsplatz zu investieren. Und zwar in einen, der dem Betroffenen auch die Chance bietet, sich wieder aktiv in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Die finanziellen Mittel, die in den Haushalten der „SGB II-Grundsicherungsträger“ für Hartz IV-Empfänger vorgesehen sind, werden in aktive Mittel für erwerbslose Menschen umgewandelt. So entsteht für alle Beteiligten eine „Win-win-Situation“.

Für Langzeitarbeitslose bietet das PAT-Modell eine echte Chance: Sie können sich wieder in einen Arbeitsprozess integrieren und erhalten ein reguläres Einkommen, das über dem des Arbeitslosengeld II liegt und damit auch einen Arbeitsanreiz bietet. Wichtig ist, dass es sich auch um marktnahe Beschäftigung handelt. Verschiedene Ergebnisse belegen*: Je näher die geförderte Arbeit einer regulären Beschäftigung kommt, desto größer sind die langfristigen Erfolge. Jeder Arbeitgeber, ob sozialer Dienstleister, Industrieunternehmen oder Handwerksbetrieb, soll die Möglichkeit haben, öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose einzurichten. Einfache Tätigkeiten müssen von den Firmen nicht mehr ausgelagert, sondern können in den Betriebsalltag und in die Produktionsabläufe integriert werden.

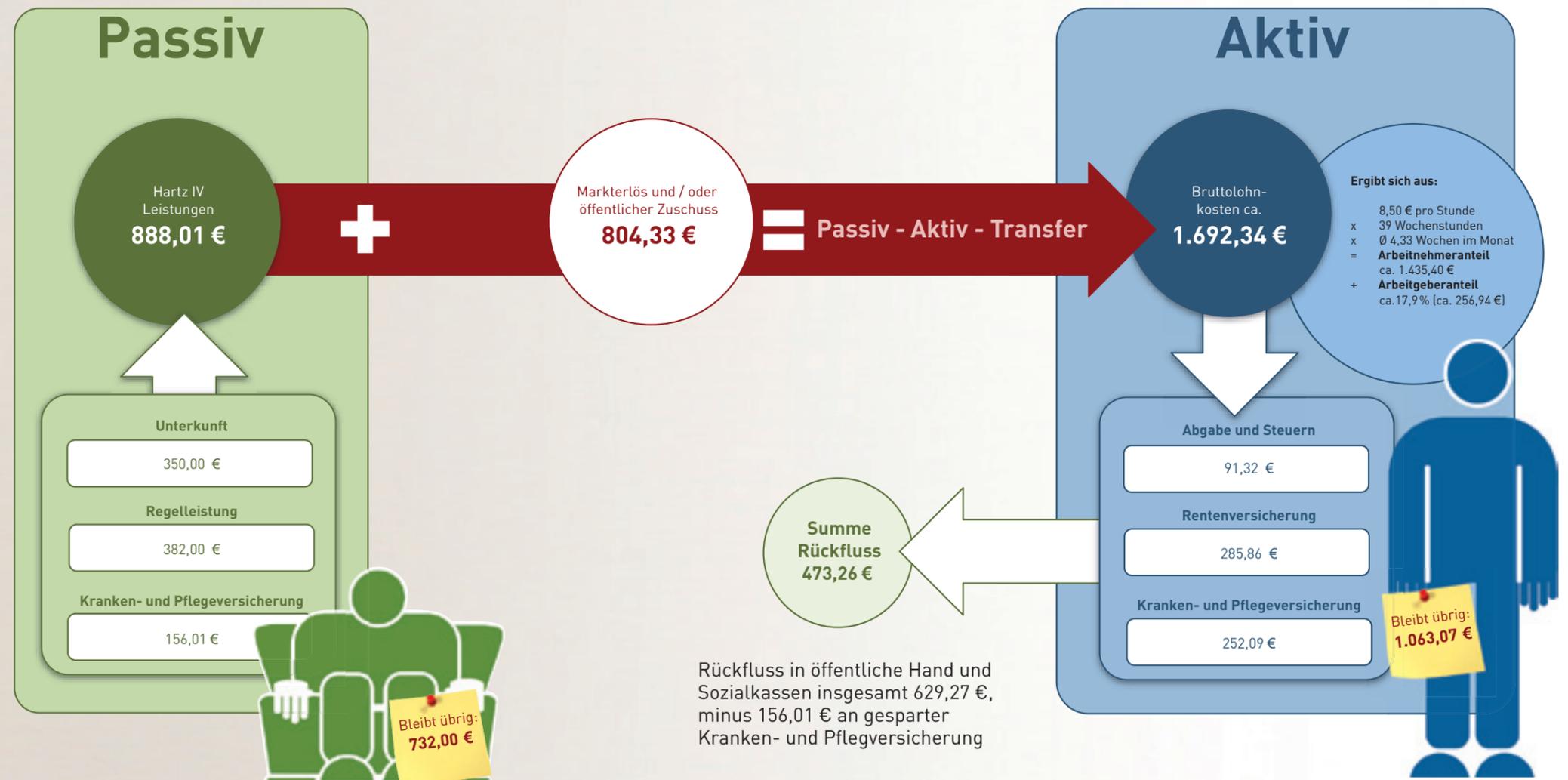
Quelle: IAB, Forschungsbericht Nr. 5/2006, in „Option sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“ – Diakonie
* siehe z.B. S. 28: Das Projekt in Feldkirch

PASSIV AKTIV

TRANSFER

Ist es nicht **besser**, mit Geld, das sowieso ausgegeben wird, reale Arbeit zu finanzieren?

Mit einer einfachen Beispielrechnung möchten wir Ihnen das Prinzip des „Passiv-Aktiv-Transfers“ aufzeigen. So könnte mit dem Geld, das jeder Langzeitarbeitslose automatisch erhält, bereits gut 50 % einer regulären Vollzeitanstellung mit 39 Stunden pro Woche finanziert werden. Bei einer Teilzeitstelle mit 30 Stunden pro Woche läge der Anteil bereits bei fast 70 %. Um die Rechnung zu vereinfachen, gehen wir in unserem Beispiel von gerundeten Durchschnittswerten aus. Selbstverständlich weicht die konkrete Rechnung im Einzelfall etwas ab, denn je nach Bundesland, Kommune oder auch durch die Wahl der Krankenkasse werden unterschiedliche Parameter zugrunde gelegt. Die Richtung aber stimmt – selbst bei einem Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde, wie ihn aktuell die SPD und andere Parteien fordern, wäre durch den „Passiv-Aktiv-Transfer“ ein großer Teil der Lohnkosten bereits gedeckt.



Diese Beispielrechnung bezieht sich auf Bundesdurchschnittswerte, Quelle: www.arbeitsagentur.de

PASSIV **AKTIV**

TRANSFER

Das nutzt **der gesamten Gesellschaft**

Die ganze Gesellschaft profitiert davon, wenn Menschen für ihre Arbeit statt fürs Zuhausebleiben gefördert werden. Langzeitarbeitslosigkeit kostet den Staat eine Menge Geld, da Steuermittel für den Lebensunterhalt aufgewendet werden müssen. Während auf der einen Seite die Ausgaben im Gesundheitswesen steigen, fehlen dem Staat auf der anderen Seite Steuereinnahmen und Einnahmen aus der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Gleichzeitig beklagen wir einen Fachkräftemangel und in vielen Bereichen nicht zu besetzende Stellen: Mit Langzeitarbeitslosen könnten viele Beschäftigungsfelder aktiviert werden.

Der „Passiv-Aktiv-Transfer“ ist nur ein Lösungsweg – aber einer mit besonders viel Potenzial, Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen. Mit dem PAT haben die Betroffenen die Möglichkeit, mit regulären Einzahlungen in die Sozialkassen wieder ihren Beitrag zur Gesellschaft beizusteuern. Das ist ein wichtiger Aspekt, um sich auch wieder als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu fühlen.

Zufluss Rentenversicherung

Bei 100.000 Teilnehmern und einer monatlichen Einzahlung von 285,86 € fließen jährlich Beiträge in Höhe von 343.032.000 € mehr in die Rentenversicherung.

Zufluss Gesetzliche Krankenversicherung

Bei 100.000 Teilnehmern, die monatlich 85,66 € mehr in die Krankenversicherung einzahlen, würde das aufs Jahr gesehen 102.792.000 € ausmachen.

Zufluss Pflegeversicherung

Bei 100.000 Teilnehmern und einem monatlichen Beitrag von 10,42 € gibt es ein jährliches Plus von 12.504.000 €.

Steuereinnahmen

Bei 100.000 Teilnehmern, die jeden Monat 91,32 € Steuern und Solidaritätszuschlag abführen, kann der Staat mit Mehreinnahmen in Höhe von 109.584.000 € rechnen.

= 567.912.000,-



4

MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

Es gibt immer eine Option, die besser ist

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es in Deutschland viele Menschen gibt, die vor dem Nichts stehen: keine Arbeit, keine Perspektive, keine Teilhabe an der Gesellschaft. Diesen Menschen wieder einen Platz in der Gesellschaft, ein Stück „normales“ Leben zurückzugeben, auch diejenigen zu fördern, die vermittlungshemmende Merkmale aufweisen: Das zu unterstützen ist unsere Aufgabe als Bürger eines modernen, demokratischen Sozialstaates. Darum ist öffentlich geförderte Beschäftigung, die letztendlich allen zugutekommt, unverzichtbar. Und mit den richtigen Konzepten, wie z.B. dem Passiv-Aktiv-Transfer, können hier auch langfristig sehr positive Ergebnisse erzielt werden. Wenn wir einen Blick über den Tellerrand werfen, sehen wir auch: Es gibt Konzepte der öffentlich geförderten Beschäftigung, die sehr erfolgreich sind und von denen die gesamte Gesellschaft profitieren kann. Sehen wir uns ein bisschen um ...

KONZEPTE IN NACHBARLÄNDERN

FELDKIRCH ÖSTERREICH

Gemeinsam Perspektiven schaffen

Die „Arbeitsinitiative Bezirk Feldkirch“, kurz ABF, bekämpft die Arbeitslosigkeit dort, wo sie entsteht: in der Region. Vor Ort gibt es die besten Chancen, die langzeitarbeitslosen Menschen kennenzulernen, ihre Ressourcen genau wahrzunehmen, sie passgenau zu qualifizieren und zu vermitteln. Getragen wird die Initiative von den 24 Gemeinden des Bezirks Feldkirch, die mit der lokalen Wirtschaft bestens vernetzt sind. Der außerordentliche Erfolg der Initiative gründet sich auf marktnahe, sinnvolle Beschäftigung bei gleichzeitiger intensiver Betreuung der Betroffenen und guter Vernetzung in der Region. Die Beschäftigten werden aus öffentlichen Mitteln entlohnt und arbeiten überwiegend bei staatlichen Institutionen oder solchen, die dem Gemeinwohl dienen. So gibt es eine stabile Finanzierung und die Menschen können weitgehend unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes sinnvoll beschäftigt werden. Das Konzept geht auf: Abhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktsituation wird eine Vermittlungsquote von 30% bis 55% pro Jahr erreicht. Die Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt, das zeigen regelmäßig Überprüfungen, ist dabei nachhaltig. Zudem fließen 45% der Lohnkostenförderung in Form von Lohnabgaben wieder an die öffentliche Hand zurück. So ist ein Konzept gegen Langzeitarbeitslosigkeit entstanden, das nachhaltig funktioniert und dabei hocheffizient ist.



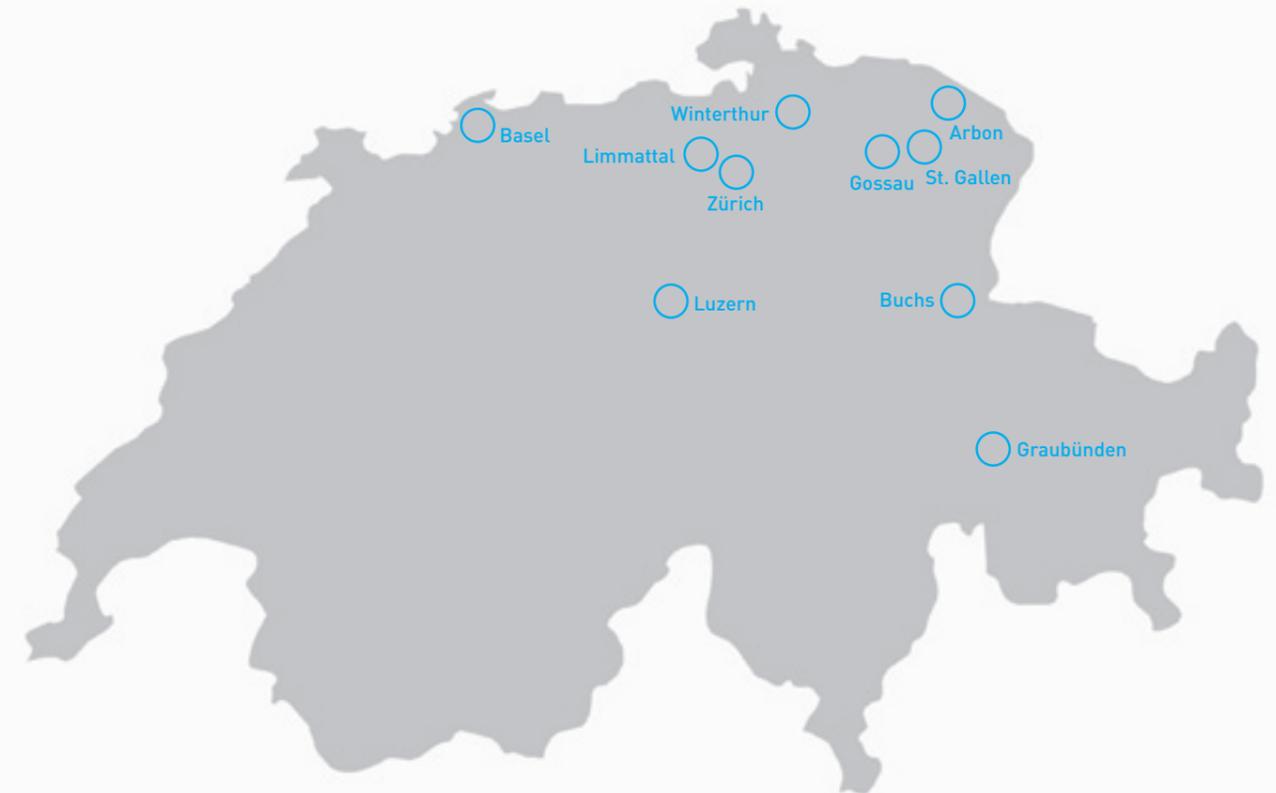
ARBEITSINITIATIVE
BEZIRK FELDKIRCH



Mehr Infos unter www.abf-feldkirch.at



DOCK GRUPPE SCHWEIZ



„Arbeit statt Sozialhilfe“



DOCK//GRUPPE

Unter diesem Motto schafft die Schweizer Sozialfirma Dock Gruppe AG Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose. Sie ist marktorientiert und agiert wirtschaftsnah. Entlohnt werden die Arbeitskräfte nach Stundenlohn, je nach Leistungsfähigkeit können sie die Sozialhilfe ganz oder zumindest zum Teil selbst verdienen. Die Löhne der Langzeitarbeitslosen sind subventioniert, alle anderen Betriebskosten müssen am Markt erwirtschaftet werden. In der Dock Gruppe arbeiten die Menschen nach ihren Fähigkeiten, je höher die Stufe, desto höher sind Bezahlung und Anforderung, bis hin zu verantwortungsvollen und leitenden Positionen. Bearbeitet werden vor allem Aufträge, die aus dem Ausland zurückgeholt wurden oder von Auslagerung bedroht sind. So entstehen in der Schweiz keine Wettbewerbsverzerrungen. Etwa 1.200 Langzeitarbeitslose arbeiten in 10 Betrieben. CEO Daniela Merz: „Wir sind für alle da, die nicht vermittelbar scheinen und die einfach einen Arbeitsplatz brauchen.“



Mehr Infos unter www.dock-gruppe.ch

OB IM KLEINEN ODER GROSSEN:
MIT DER RICHTIGEN LÖSUNG KANN MAN VIEL BEWEGEN!

GUTE MODELLHAFTE KONZEPTE IN DEUTSCHLAND

Frankfurter Arbeitsmarkt- programm: Eine Kommune bewegt was.



Die Sparmaßnahmen des Bundes waren drastisch: Allein in Frankfurt sind 30 Mio. € Bundesförderung weggebrochen. Die Stadt reagiert darauf mit einem eigenen kommunalen Arbeitsmarktprogramm und erhöht ihre Mittel aus dem städtischen Sozialetat von 5 auf 16 Mio. €. Damit werden etwa 1.700 zusätzliche Maßnahmenplätze geschaffen.



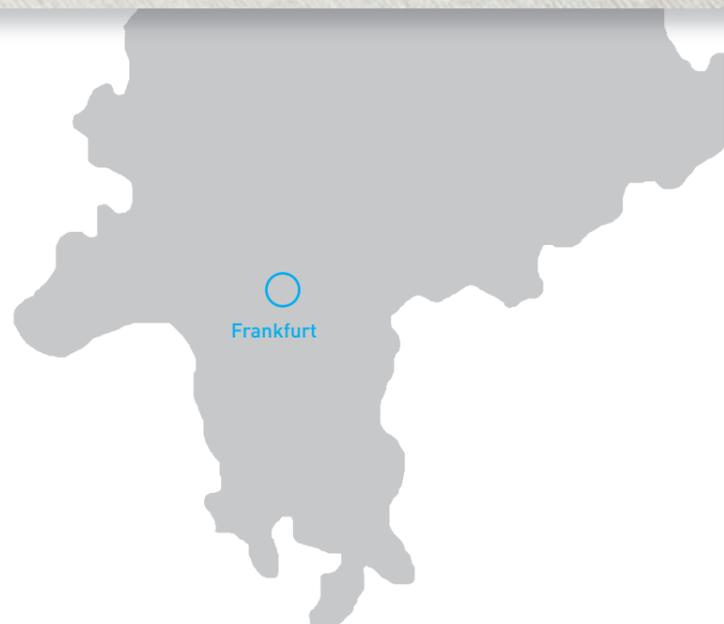
Rahmenbedingungen:

- individualisierte Lösungen, keine vorgefertigten Maßnahmen
- keine zeitliche Fördergrenze und eine längerfristige Qualifizierung.

Ziele des Programms:

- **Infrastrukturleistungen verbessern:** z.B. mit Reinigungsarbeiten im Stadtteilservice, die über Ein-Euro-Jobs nicht mehr gemacht werden dürfen.
- **Soziale Siedlungen stabilisieren:** z.B. mit Arbeitslosen, die etwa für ältere Menschen Hilfe im Alltag oder Haushalt anbieten.
- **Fachkräfte aufbauen:** Im Idealfall entwickeln sich die Teilnehmer zu qualifizierten Fachkräften, die für den Frankfurter Arbeitsmarkt relevant sind.

Das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm sorgt dafür, dass die Menschen, die Hilfe auf dem Weg in Arbeit oder bessere Arbeit brauchen, diese auch bekommen. Nicht zuletzt profitiert auch der Haushalt der Stadt davon – denn langfristig ist davon auszugehen, dass aus Leistungsbeziehern Steuerzahler werden. Doch auch wenn das Programm für Frankfurt ein Glücksfall ist, kann es noch lange kein Ersatz für die Bundesförderung sein.



Öffentlich geförderte Beschäftigung in Nordrhein- Westfalen: Ein Bundesland macht sich stark

Das Land Nordrhein-Westfalen möchte die langfristige und dauerhafte Integration besonders benachteiligter Zielgruppen stärker ermöglichen und verbessern. Darum hat das Land 2012 dazu aufgerufen, Ideen für neue Modellprojekte einzureichen. Insgesamt sind 55 Projektvorhaben aus 15 Regionen eingegangen, 15 davon wurden bisher bewilligt. Ob Handwerk, Garten- und Landschaftsbau, kaufmännische Bereiche, Gastronomie oder personenbezogene Assistenzleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Betreuung und Pflege: Die Tätigkeitsfelder sind vielfältig und sinnvoll. Daran teilnehmen sollen erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Langzeitbezug des SGB II, die ohne diese Unterstützung keinen Zugang in das Erwerbsleben finden würden. Die öffentlich geförderte Beschäftigung muss sozialversicherungspflichtig sein und zum üblichen Tarif oder Lohn bezahlt werden. Für die Förderung dieser Vorhaben stellte das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales rund 11 Mio. € zur Verfügung. Die Jobcenter beteiligen sich mit rund 23 Mio. € an den Vorhaben.



Ziel dieser Modellprojekte ist es, neue Erkenntnisse zu gewinnen, wie eine (Re)-Integration erfolgreicher und nachhaltiger gestaltet werden kann. Sie sollen auch als Basis für eine künftige Instrumentenreform auf Bundesebene dienen, insbesondere im Hinblick auf einen Passiv-Aktiv-Transfer und eine sinnvolle Begleitung der Beschäftigung.



5

DIESE PERSPEKTIVE WOLLEN VIELE

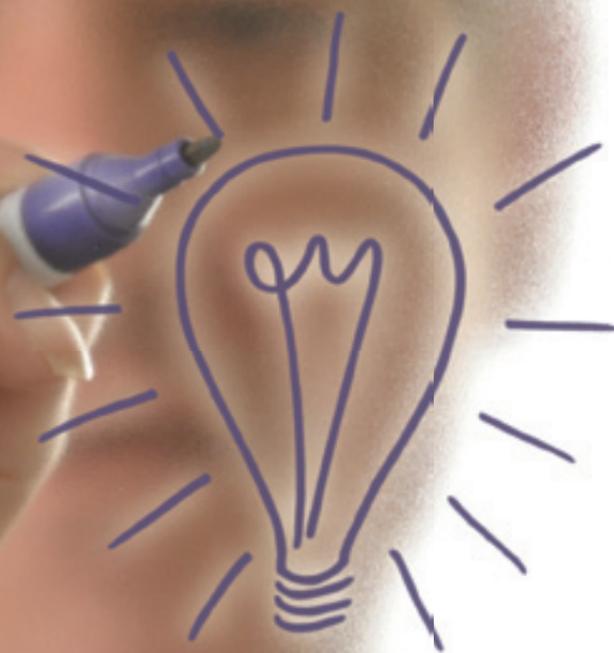
Unterstützen auch Sie die **Initiative**

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – das ist das Ziel der Initiative, für das wir einstehen! Wir bitten auch Sie: Setzen Sie sich für langzeitarbeitslose Menschen ein und unterstützen Sie die „Initiative Pro Arbeit“. In der Vergangenheit haben viele Langzeitarbeitslose auf dem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt Beschäftigung gefunden. Sie haben dabei wichtige Aufgaben für die Gesellschaft übernommen. Doch die Mittel dafür wurden in den letzten Jahren drastisch gekürzt. So haben viele Langzeitarbeitslose nicht mehr die Möglichkeit, am Arbeitsleben teilzunehmen. Davon hat keiner was: Nicht der Langzeitarbeitslose und auch nicht die Gesellschaft.

Das wollen wir ändern und Arbeitsplätze auch wieder für diejenigen schaffen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen, geringer Qualifizierung oder psychischer Probleme schwer zu vermitteln sind. Mit dem Passiv-Aktiv-Transfer bekommt jeder eine zweite Chance – und die Gesellschaft profitiert davon.

**ARBEIT STATT
ARBEITSLOSIGKEIT**

FINANZIEREN



**Ein Leben in Würde für
langzeitarbeitslose Menschen.
Und was Sie dazu tun können:**

- Suchen Sie den Kontakt zu arbeitslosen Menschen.
- Wenden Sie sich an Ihre Bundestagsabgeordneten.
- Machen Sie andere auf dieses Problem aufmerksam.
- Unterstützen Sie die Forderung nach öffentlich geförderter Beschäftigung und bekunden Sie Ihre Solidarität.
- Informieren Sie sich über die „Initiative Pro Arbeit“ unter:
www.initiative-pro-arbeit.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

EFAS Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.
Fachverband der Diakonie Deutschland
Gottfried-Keller-Straße 18 c
70435 Stuttgart

Fotografien:

Thomas Rautenberg, Neue Arbeit Stuttgart

Druck:

P&P Printmanagement
Bgm.-Kempf-Straße 2
96170 Trabelsdorf

Konzept und Layout:

Konzept Team Klump und Partner Werbeagentur GmbH
Friedrich-Dürr Straße 64a
74074 Heilbronn

In Zusammenarbeit mit:

Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH
Abteilung Presse und Medien
Gottfried-Keller-Str. 18c

70435 Stuttgart © - EFAS Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.
Mai 2013

Alle Angaben in dieser Broschüre sind unverbindlich und ohne Gewähr.
Farbabweichungen sind möglich. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.

Bei der Gründung der „Initiative Pro Arbeit“ waren folgende Bündnispartner beteiligt:



in: Bayern | Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz | Bremen | Hannover | Hessen und Nassau | Kurhessen-Waldeck | Mitteldeutschland | Sachsen | Württemberg



Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern e.V.



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.



Die aktuellen Bündnispartner sehen Sie unter www.initiative-pro-arbeit.de
Hier erfahren Sie auch Aktuelles zum Thema und erhalten viele weiterführende Informationen.

